

13.407 Parlamentarische Initiative

Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung

Eingereicht von: Reynard Mathias
Sozialdemokratische Fraktion
Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Einreichungsdatum: 07.03.2013
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Artikel 261bis des Schweizerischen Strafgesetzbuches wird wie folgt geändert:

Art. 261bis

Diskriminierung und Aufruf zu Hass

Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung zu Hass oder Diskriminierung aufruft,

wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung gerichtet sind,

wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,

wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht,

wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung verweigert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Begründung

Mit dieser Initiative soll die bestehende Bestimmung des Strafgesetzbuches zum Kampf gegen die Rassendiskriminierung um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung erweitert werden.

Zwar ist in der Verfassung die Diskriminierung aufgrund der Lebensform untersagt (Art. 8 Abs. 2), doch besteht bei der strafrechtlichen Verfolgung von Aufrufen zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung von Menschen eine Gesetzeslücke. Im aktuellen Strafgesetzbuch ist ausschliesslich die Verfolgung der Diskriminierung wegen Rasse, Ethnie oder Religion (Art. 261bis) vorgesehen, nicht aber wegen homophober Äusserungen.

Das Bundesgericht versagt den Vereinigungen zum Schutz der Rechte homosexueller Personen die Klagebefugnis im Bereich der Ehrverletzungen (Art. 173ff. StGB). Ebenso kann sich eine homosexuelle Person nicht auf die Verletzung ihrer Ehre berufen, wenn die homophoben Äusserungen an die homosexuelle Gemeinschaft gerichtet sind, da die Gerichte die Zielgruppe für solche Äusserungen für zu unbestimmt erachten, als dass die Person direkt in ihrer Ehre getroffen wird (Rechtsprechung bestätigt durch BGE 6B_361/2010 vom 1. November 2010).



Wir können also abschliessend festhalten, dass allgemein gehaltene homophobe Äusserungen durch unsere aktuelle Gesetzgebung nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Einige europäische Staaten haben aufgrund des verzeichneten Anstiegs von Homosexuellenfeindlichkeit entschieden, ihre Gesetzgebung dieser Entwicklung anzupassen. Für die Schweiz ist es Zeit zu handeln! Es ist inakzeptabel, dass sich einige Personen gegenüber einer Gemeinschaft diskriminierend äussern können. Die Schweiz beruht auf dem Prinzip der Anerkennung aller Minderheiten; das macht die Stärke unseres Landes aus. Mit diesem Vorschlag soll unser Wunsch deutlich werden, entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung vorzugehen, die innerhalb der Bevölkerung Hass schüren kann und dem sozialen Zusammenhalt schaden kann, ohne dabei auf schwerwiegende und unverhältnismässige Weise die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Kommissionsberichte

[03.02.2017 - Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates](#)

[13.11.2014 - Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates](#)

Bericht und Entwurf der Kommission

[15.08.2018 - Stellungnahme des Bundesrates \(BBI 2018 5231\)](#)

[03.05.2018 - Bericht \(BBI 2018 3773\)](#)

Ratsunterlagen

[Anträge, Fahnen](#)

Chronologie

21.02.2014	Kommission für Rechtsfragen NR	Folge gegeben
03.07.2014	Kommission für Rechtsfragen SR	Keine Zustimmung
11.03.2015	Nationalrat	Folge gegeben
23.04.2015	Kommission für Rechtsfragen SR	Folge gegeben
17.03.2017	Nationalrat	Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2019.

Entwurf 1

Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität)

[BBI 2018 3791](#)

25.09.2018	Nationalrat	Beschluss gemäss Entwurf
28.11.2018	Ständerat	Abweichung
03.12.2018	Nationalrat	Zustimmung
14.12.2018	Nationalrat	Annahme in der Schlussabstimmung
14.12.2018	Ständerat	Annahme in der Schlussabstimmung

Stand der Beratungen: Erledigt

Schlussabstimmungstext: [BBI 2018 7861](#)

Referendumsfrist: [07.04.2019](#)

Amtliche Sammlung: [AS 2020 1609](#)



Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Rechtsfragen NR (RK-NR)

Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Zuständige Behörde

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Weitere Informationen

Konnexe Geschäfte

14.2034 Petition Ergänzung des Artikels 261bis StGB über die Rassendiskriminierung

Behandlungskategorie

IV

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (54)

Aebischer Matthias, Allemann Evi, Amarelle Cesla, Amherd Viola, Aubert Josiane, Badran Jacqueline, Bertschy Kathrin, Carobbio Guscetti Marina, Chevalley Isabelle, Chopard-Acklin Max, Derder Fathi, Favre Laurent, Fehr Hans-Jürg, Fehr Jacqueline, Feri Yvonne, Fridez Pierre-Alain, Friedl Claudia, Germanier Jean-René, Girod Bastien, Gross Andreas, Gysi Barbara, Hadorn Philipp, Hardegger Thomas, Heim Bea, Hiltbold Hugues, Hodgers Antonio, John-Calame Francine, Jositsch Daniel, Kiener Nellen Margret, Leuenberger Ueli, Maire Jacques-André, Marra Ada, Masshardt Nadine, Meier-Schatz Lucrezia, Müller Geri, Naef Martin, Neiryneck Jacques, Nordmann Roger, Nussbaumer Eric, Pardini Corrado, Piller Carrard Valérie, Quadranti Rosmarie, Ribaux Alain, Rossini Stéphane, Schelbert Louis, Schenker Silvia, Schneider Schüttel Ursula, Schwaab Jean Christophe, Semadeni Silva, Tornare Manuel, Vogler Karl, Voruz Eric, Wermuth Cédric, van Singer Christian

Links

Weiterführende Unterlagen

Amtliches Bulletin | Abstimmungen NR

Weiterführende Links

Vernehmlassung | Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 | swissvotes | Verhandlungen | Argumente (PDF)

